

Einleitungsstatement zur Podiumsdiskussion zum Thema

„Universitätsfinanzierung in der Praxis: Probleme und Veränderungsbedarfe“

MMMag. Dr. Andrea Hoffmann
Vizektorin für Finanzen und Infrastruktur
Technische Universität Graz
andrea.hoffmann@tugraz.at

Die Universitäten werden zum Großteil öffentlich finanziert. In § 12 Abs 1 UG ist die Verpflichtung des Bundes, die Universitäten zu finanzieren, normiert. Diese Verpflichtung wird insofern relativiert, als die finanzielle Leistungsmöglichkeit des Bundes zu berücksichtigen ist. Das Gesetz sieht die Anforderungen des Bundes an die Universitäten sowie die Aufgaben der Universitäten als ebenso berücksichtigungswürdig an.

Diese auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Bundes beschränkte Finanzierungsverpflichtung erschwert der Universitätsleitung insofern die langfristige Planung von Strategien, als die Bereitstellung der für die Erreichung der definierten Ziele notwendigen Ressourcen nur für den verhältnismäßig kurzen Zeitraum einer Leistungsvereinbarungsperiode (also für drei Jahre) sichergestellt werden kann.



1

§ 12 Abs 1 UG:

Die Universitäten sind vom Bund zu finanzieren(...)

- Vorbehaltlich finanzieller Bedeckbarkeit -> Unsicherheitsfaktor
- 3 jährige LV-Periode -> kurzfristig stabilisierend

Mit dem UG 2002 wurden die Universitäten im Jahr 2004 in die Autonomie entlassen und es wurde das völlig neue Steuerungskonzept des New Public Managements eingeführt. Ein wesentliches Element dieses Managementsystems ist die leistungs- und outputorientierte Finanzierung.

Leider wird im derzeit praktizierten Finanzierungsprozess diese Leistungs- und Outputorientierung wenig beachtet: Die unterschiedlichen Leistungsbreiten der einzelnen Universitäten finden bei der Vergabe der Globalbudgetmittel unzureichend Berücksichtigung, beispielsweise erfolgte keine Anpassung an die Entwicklung der Studierendenzahlen. An der TU Graz wuchs die Zahl der Studierenden in den vergangenen acht Jahren um 48%, das Budget wurde jedoch lediglich fortgeschrieben. Auch die hohen Kosten für Forschungsinfrastruktur für naturwissenschaftliche, technische und medizinische Studien stellen die betroffenen Universitäten vor Finanzierungsprobleme, da diese im Rahmen der Leistungsvereinbarungen ebenfalls unzureichend berücksichtigt wurden. In der Vergangenheit wurde dieser Umstand durch Infrastrukturprogramme teilweise abgefedert, umso schwerer wiegt die Tatsache, dass es solche Sonderprogramme in den letzten drei Jahren nicht mehr gegeben hat.



2

Steuerungskonzept des New Public Managements:

Leistungs- und outputorientierte Finanzierung

- Unterschiedliche Leistungsbreiten nicht berücksichtigt
 - Entwicklung der Studierendenzahlen
 - Hohe Kosten für Forschungsinfrastruktur für naturwissenschaftliche, technische und medizinische Studien
 - Seit 3 Jahren kein Infrastrukturprogramm

- „3-Säulenmodell“, HRSM: Schritt in Richtung Leitungsorientierung

- Unzureichende Abgeltung der Kostensteigerungen
 - Energie 4-5%
 - Gehälter ca. 3%
 - Biennalsprünge

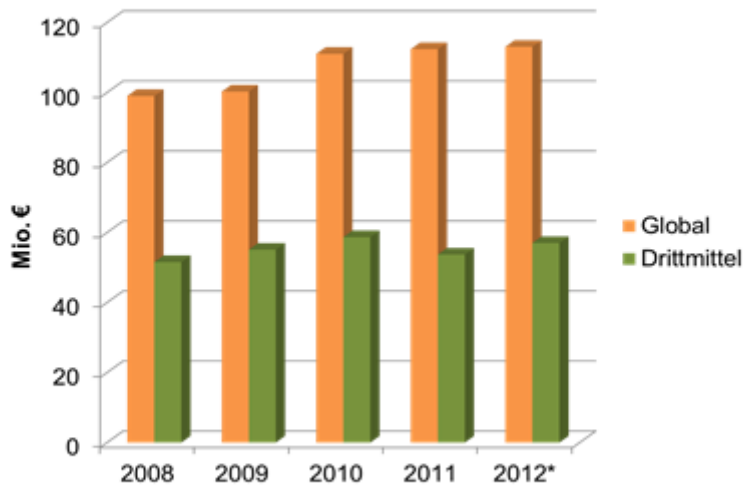
- Steigender administrativer Aufwand
 - Risikomanagementbericht quartalsweise
 - Zulassungsverfahren
 - Transparenzdatenbank
 - ...

Gebäudekosten:

- Unterschiedliche Eigentums- und Vertragsverhältnisse
- BIG: verdient am meisten „als Bank“
 - Finanzierung der Gebäude auf 30 Jahre
 - Rücklagen aus Mietzahlungen werden Unis nicht ausgewiesen
- Vorschlag: Stiftungsmodell nach skandinav. Vorbild

5

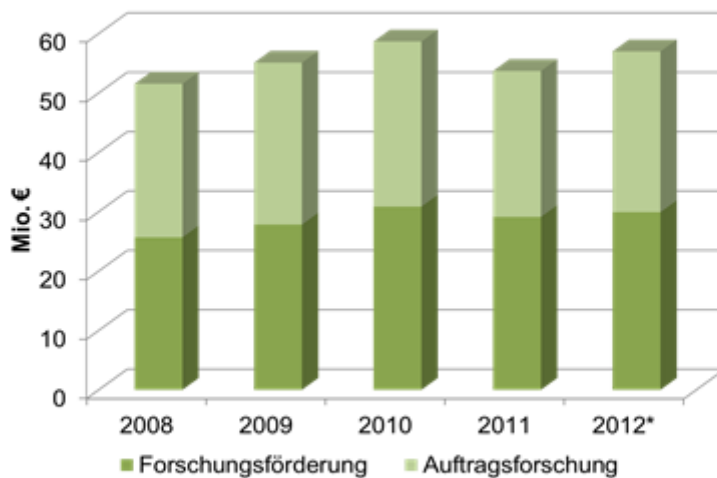
Budgetentwicklung 2008 - 2012



* vorläufige, ungeprüfte Zahlen

6

Drittmittelleinnahmen 2008 - 2012



* vorläufige, ungeprüfte Zahlen

Die TU Graz ist eine sehr drittmittelstarke Universität: Die Drittmittelleinnahmen machten in den vergangenen Jahren ca. 50% des Globalbudgets aus. Diese Drittmittel sind vor allem für die Forschung von großer Bedeutung, viele Anschaffungen im Bereich der Forschungsinfrastruktur könnten ohne diese nicht finanziert werden, auch wird ca. die Hälfte der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der TU Graz durch Drittmittel finanziert. Die eingenommenen Drittmittel der TU Graz bestehen ca. zur Hälfte aus privat finanzierter Auftragsforschung, die andere Hälfte stammt aus der Forschungsförderung. Die Forschungsförderung ist daher für die TU Graz eine sehr wichtige Einnahmequelle, leider gibt es etliche finanzielle sowie administrative Hürden, die bei der Realisierung der Förderprojekte Hemmnisse darstellen.

FFG:

- Verunsicherung
 - Unterschiedliche Auskünfte innerhalb FFG
 - Verrechenbare Kosten variieren von Programm zu Programm
- Administrativ aufwändige Prüfung
- Verrechenbarer Overhead auf 20% beschränkt!!!
- Unis als „Sublieferanten“ werden wie Projektpartner behandelt

EFRE:

- Verunsicherung
 - Geänderte Anforderungen an Abrechnungen bzw. Nachweislieferungen im Zuge der First- und v.a. Second-Level-Control
 - Nachträgliche Aberkennung von Vorhaben trotz Prüfbestätigung durch Landesprüfstelle
- Administrativ äußerst aufwändige Prüfung

FWF:

- DoktorandInnen bekommen nur für 30h bezahlt
- Hoher administrativer Aufwand (2 Buchungskreise)

Grundlagenforschung versus angewandte Forschung:

- FWF: ca. 200 Mio € (2011)
- FFG: ca. 406 Mio € (2011)

Große Innovationen hängen mit Wissen zusammen,
das aus der Grundlagenforschung kommt:

„Es zeigt sich, dass Länder mit einem starken Fokus in
dem Bereich auch im wissenschaftlichen Potenzial ganz
obenauf schwimmen“

(Dieter Imboden, Aufsichtsratsvorsitzender des FWF)

In Österreich ist die Förderung der Grundlagenforschung deutlich geringer dotiert als die angewandte Forschung, in der Schweiz ist das Verhältnis umgekehrt.

Da Grundlagenforschung langfristig ausgerichtet ist und keine spezifischen Ziele im Fokus hat, ist ihr ökonomischer Nutzen schwer quantifizierbar. Dennoch leistet die Grundlagenforschung einen wichtigen Beitrag für (industrielle) Innovationen.

Als entwickelte Volkswirtschaft mit hohem Lebensstandard muss sich Österreich im internationalen Wettbewerb an Produkten und Dienstleistungen mit hoher Qualität und Innovationskraft orientieren, um eine nachhaltige Wertschöpfung in Österreich zu sichern.

Die Österreichische Bundesregierung hebt in ihrem aktuellen Budgetbericht die Bedeutung von Bildung, Wissenschaft und Forschung für Wirtschaftswachstum und Wohlstand hervor:

Budgetpolitischer Schwerpunkt Bildung und Wissenschaft:

„Wissenschaft und Forschung tragen entscheidend zur Zukunftsfähigkeit des Landes bei und sind unverzichtbare Voraussetzungen für

- die Schaffung neuer Arbeitsplätze,
- für die Erhaltung der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit
- sowie für nachhaltiges Wirtschaftswachstum.“

(Budgetbericht 2013, S. 43)

Budgetpolitischer Schwerpunkt Förderung von Forschung und Entwicklung:

„ In Österreich sind derzeit etwa zwei Drittel des Wirtschaftswachstums auf qualitative Veränderungen zurückzuführen, die unter anderem auf Forschung, technologischen Wandel, Aus- und Weiterbildung und Innovation basieren. “

(Budgetbericht 2013, S. 44)

Die öffentliche Finanzierung von Forschung und Bildung stellen Investitionen in die Zukunft dar, die auch einen „Return on Investment bringen“:



12

Öffentliche Ausgaben für die Hochschulbildung

Zitat: „Auch für den Steuerzahler rentieren sich die öffentlichen Ausgaben für die Hochschulbildung. Im Durchschnitt entsteht den OECD-Ländern für jede männliche Arbeitskraft, deren Hochschulausbildung sie fördern, ein Nettovorteil in Höhe von nahezu 100.000 US-\$ in Form von höheren Steuereinnahmen und Einsparungen – dies ist fast dreimal so viel wie die entsprechenden öffentlichen Investitionsaufwendungen. Für weibliche Arbeitskräfte beläuft sich der öffentliche Nettoertrag aus der Hochschulbildung auf ungefähr das Doppelte der öffentlichen Investitionen.“

Quelle: OECD *Multilingual Summaries*
Education at a Glance 2012

ÖFG-Workshop In Baden
09.03.2013

Andrea Hoffmann



13

Wertschöpfung durch Universitäten

	Technik-AbsolventIn	Durchschnittliche/r Uni-AbsolventIn
Steuern und SV-Abgaben	20.550 € p.a.	13.950 € p.a.
Arbeitsverhältnis 6 Monate nach Studienabschluss	80 % (TUG, MUL) 84 % (TUW)	71 %
Tätigkeit in Privatwirtschaft (2010)	74 % (TUW) 76 % (TUG) 83 % (MUL)	55 %

Entwicklung der Studenten- und Absolventenquoten 2005/06 – 2010/11

	Techn. Universitäten	Unis gesamt
Studierende	+ 42 %	+ 30 %
Absolventen	+ 48 %	+ 42 %

Quelle: Studie des ECONOMICA Instituts für Wirtschaftsforschung

ÖFG-Workshop In Baden
09.03.2013

Andrea Hoffmann

Hier fällt vor allem die hohe Wertschöpfung durch Technische Universitäten auf: Bereits im ersten Beschäftigungsjahr erwirtschaftet ein Absolvent einer Technischen Universität um 6.600 € mehr an Steuern und Sozialversicherungsabgaben als ein durchschnittlicher Universitätsabsolvent. Die Absolventen der Technischen Universitäten kommen auch schneller am Arbeitsmarkt unter und gehen vermehrt in die Privatwirtschaft. Auch der Wissenstransfer vom Hochschulsystem in die Wirtschaft ist ein wichtiger Beitrag der Universitäten. 29% aller 2011 im Rahmen des AplusB- Programms bundesweit gegründeten Unternehmen sind Start-ups/Spin-offs Technischer Universitäten.